

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

A 111/2006 (DBK)

Auftrag Fraktion SP/Grüne: Änderung des Gesetzes über Ausbildungsbeiträge und der Vollzugsverordnung zum Gesetz (30.08.2006)

Der Regierungsrat wird ersucht Gesetz und Verordnung den veränderten Bedingungen anzupassen und insbesondere:

1. Die Bemessungsansätze erhöhen.
2. Die neuen Beruf- und Studienabschlüsse bei der Vergabe von Stipendien oder Darlehen berücksichtigen (Bologna Reform, Fachhochschulen).
3. Die zunehmende Mobilität der Studierenden berücksichtigen (Studien im Ausland).
4. Den Zugang zu Darlehen für Zweitausbildungen und Umschulungen erleichtern.

Begründung (30.08.2006): schriftlich.

Der Kanton Solothurn befindet sich im Vergleich mit den anderen Kantonen in der Schweiz im hinteren Drittel. Gesetz und Verordnung datieren aus dem Jahre 1985. Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen und die Beiträge müssen angepasst werden. Gemäss einer Studie des Bundesamtes für Statistik ist die wichtigste Einkommensquelle der Studierenden die Unterstützung der Eltern. Über ein Drittel aller Studierenden haben mindestens einen Elternteil mit einem Hochschulabschluss. Es darf nicht sein, dass die soziale, gesellschaftliche und damit verbunden auch die finanzielle Situation der Eltern ausschlaggebend ist.

In der Verordnung wird auf Studiengänge und Ausbildungen verwiesen, die es nicht mehr oder in einer ganz anderen Form gibt. Dies ist anzupassen. Damit ist auch die Grenze zwischen Erst- und Zweitausbildung klar zu definieren.

Mit der Anpassung der Studiengänge in Europa werden in Zukunft vermehrt Studierende ihre Ausbildung teils im Ausland und teils in der Schweiz absolvieren. Dies ist mit entsprechenden Beiträgen zu berücksichtigen und zu fördern.

In einer sich ständig ändernden Berufswelt sind alle Menschen herausgefordert sich ständig neu zu orientieren, weiterzubilden oder sich neu auszubilden. Dieser Umstand muss berücksichtigt werden. Umschulungen von Menschen, die zwischen den Maschen der Versicherungen durchfallen müssen vermehrt ermöglicht werden.

Unterschriften: 1. Christine Bigolin Ziörjen, 2. Marianne Kläy, 3. Manfred Baumann, Philipp Haddorn, Hans-Jörg Staub, Evelyn Borer, Iris Schelbert-Widmer, Regula Zaugg, Trudy Küttel Zimmerli, Urs Huber, Thomas Woodtli, Brigit Wyss, Stephanie Affolter, Martin Straumann, Urs Wirth, Walter Schürch, Clivia Wullimann, Andreas Bühlmann, Niklaus Wepfer, Markus Schneider. (20)